

Gewerkschaftstag der GEW-Bremen vom 09. bis 10. November 2011

Öffentlichen Dienst stärken

Antragsteller: Stadtverbandsvorstand Bremen

Das Vorhaben des Bremer Senats, die Haushalts-Konsolidierung in hohem Maße auf Kosten des öffentlichen Dienstes – und damit seiner Beschäftigten – zu betreiben, lehnt die GEW ab. Dies gilt auch für eine weitere Abkopplung in der Tarif- und Besoldungspolitik. Vom Senat erwarten wir u.a. eine deutliche Initiative zur Korrektur der Föderalismusreform und in diesem Zusammenhang auch eine verbindliche Erklärung zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme der nächsten Tarifergebnisse auch auf die Bremer Beamten.

Die GEW wird mit den anderen öD-Gewerkschaften im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen (Frühjahr 2012) deutliche Aktionen organisieren und durchführen. Neben dem Protest sollen auch deutlich Alternativen, z.B. das steuerpolitische Konzept der GEW benannt werden.

Begründung:

Der geplante Abbau weiterer 950 Stellen bis 2014 bedeutet eine gravierende Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen. Damit trifft sie vor allem Bremer Bürgerinnen und Bürger.

Dies führt aber auch zu noch mehr Arbeitsverdichtung und -belastung und in der Folge zu entsprechenden gesundheitlichen Gefährdungen der Beschäftigten. Daneben sind Lohnsteigerungen, die unterhalb der bundesweiten Abschlüsse liegen, zu erwarten.

Wir dürfen nicht kampflos hinnehmen, dass einmal mehr die Beschäftigten die Zeche für eine seit Jahren verfehlte Haushalts-, Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik zahlen sollen! Eigene gewerkschaftliche Steuerkonzepte, die auf eine gerechtere Verteilung fußen, können von uns dargestellt werden.